

12. November 2014

Bankenverband: Bundesregierung sollte Weckruf des Sachverständigenrats ernst nehmen

Schlagworte

Finanzmarktstabilität
EZB
Bankenaufsicht

„Das Jahresgutachten des Sachverständigenrats ist ein umfassender Weckruf an die deutsche Wirtschaftspolitik, aber auch an unsere europäischen Nachbarn“, so Michael Kemmer, Hauptgeschäftsführer des Bankenverbandes. Die Vorstellung, dass sich Deutschland auf einer wirtschaftspolitischen „Wohlfühlwolke“ ausruhen könne, sei ebenso falsch, wie die Hoffnung, dass eine expansive Geldpolitik oder großvolumige Investitionsprogramme den gesamten Euro-Raum wieder auf einen stabilen Wachstumskurs bringen könnten. „Ohne weitere umfassende Strukturreformen kommen wir nicht voran“, betont Kemmer. Erforderlich seien – wie von den Wirtschaftsweisen unterstrichen – vor allem bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen. Daher sei der Titel des Gutachtens wegweisend: „Mehr Vertrauen in Marktprozesse“.

Fot Brücken

Auch die Kritik des Rates an der geringen Eigenkapitalausstattung des europäischen Bankensystems sei ernst zu nehmen, wenngleich sich schon viel bewegt habe. Kemmer: „Gerade hier sind in den letzten Jahren beachtliche Fortschritte erzielt worden – das hat zuletzt der Stresstest gezeigt.“ Klar sei aber, dass die Risikopuffer weiter gestärkt werden müssten. Kemmer: „In diese Richtung gehen auch die Pläne des Financial Stability Board zu zusätzlichen Kapitalanforderungen für große Banken (TLAC) und entsprechen den Empfehlungen des Sachverständigenrats.“ Allerdings führten die neuen regulatorischen Rahmenbedingungen wie auch die anhaltende Niedrigzinspolitik der EZB zu einer schwierigen Ertragslage der Kreditinstitute. Bessere Ertragsbedingungen seien daher eine ganz zentrale Voraussetzung, um die Bankbilanzen zu stärken. Kemmer: „Wir arbeiten mit Hochdruck daran, profitabler zu werden,

Presseinformation

um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Doch bei den Rahmenbedingungen ist die Politik gefragt.“

Die Warnung des Rates, die Erwartungen in die makroprudentielle Aufsicht nicht zu hoch zu setzen, teilt der Bankenverband in vollem Umfang. Dieser neue Politikbereich sei zweifelsohne wichtig, um die Finanzmarktstabilität zu sichern. „Wir dürfen jedoch nicht übersehen, dass die makroprudentielle Aufsicht noch in den Kinderschuhen steckt und daher vielfach die Wirksamkeit einzelner Instrumente noch ungeklärt ist“, so Kemmer.

Pressekontakt:

Dr. Kerstin Altendorf

Pressesprecherin

Telefon: +49 30 1663-1250

kerstin.altendorf@bdb.de

bankenverband.de/presse